

So geht Regieren

Während sich die Koalition in Berlin zerfleischt und vom Wähler abgestraft wird, setzt die Regierung in Österreich ihr Programm erfolgreich um. Zur Freude der Wirtschaft.

itz. WIEN, 15. Oktober. In Deutschland lecken die Regierungsparteien ihre Wunden, nachdem Union und SPD immer wieder übereinander hergefallen sind und in Bayern soeben bis aufs Blut gerüpelt wurden. Demgegenüber sonnt sich die Koalition im Nachbarland Österreich in ihren Erfolgen und in der stabilen Unterstützung durch die Bevölkerung. Ein Jahr nach ihrem Wahlsieg am 15. Oktober 2017 sitzt die Regierung aus der christlich-konservativen Volkspartei ÖVP und der rechten Freiheitlichen Partei FPÖ fest im Sattel.

Die Unterschiede zu Deutschland könnten größer kaum sein. Anders als Angela Merkel und ihre CDU genießen Bundeskanzler Sebastian Kurz und die ÖVP weiter hohe Sympathiewerte. In den Umfragen käme die Partei unter ihrem jungen Vorsitzenden heute sogar auf mehr Stimmen als vor einem Jahr. Auch die zurückliegenden Landtagswahlen sind für ÖVP und FPÖ gut gelaufen. Im Gegensatz zu Berlin dringen kaum Streitigkeiten aus der Koalition heraus. Das Kabinett erweckt einen geschlossenen Eindruck, die Opposition macht kaum Stiche – auch deshalb, weil sich die sozialdemokratische SPÖ durch Personalquerelen selbst lähmt.

„In Österreich gibt es eine Geschlossenheit in der Regierung, in Deutschland eine Zerrissenheit“, bestätigt der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier, Chef des Instituts für Strategieanalysen in Wien. Das Mitte-rechts-Bündnis gründe auf vielen Gemeinsamkeiten, „da fallen klare Entscheidungen im Regierungshandeln relativ leicht“. Demgegenüber belaste in Berlin die Koalition das „gegenseitige Misstrauen“. Genau an diesem Widerspruch sei auch die große Koalition aus SPÖ und ÖVP 2017 vorzeitig zerbrochen.

Filzmaier beobachtet, dass derzeit die „Entscheidungseffizienz“ hoch sei, da das gemeinsame rechte Profil eine „klar ausformulierte Wirtschafts- und Sicherheitspolitik“ ermögliche. Die Kehrseite sei, dass die Polarisierung der Gesellschaft stark steige. Immerhin hat das Bündnis, das seit Mitte Dezember 2017 regiert, einige Wahlversprechen schon verwirklicht. Das gilt vor allem für die Flücht-



Haben ihre Kabinette unterschiedlich im Griff: Merkel und Kurz

Foto EPA

lings- und Sicherheitspolitik, also für jene Themen, für welche die Unterstützung am größten ist, die aber auch am meisten spalten. Im Wesentlichen geht es um schärfere Kontrollen, beschleunigte Abschiebungen und darum, die Ausgaben für die Asylbewerber zu senken. „Ob das eine wirkliche Veränderung bedeutet, da wäre ich skeptisch“, warnt Filzmaier. „Zum Beispiel ist die Aussage, man habe mehr illegale Zuwanderer abgeschoben als die Vorgängerregierung, keine inhaltliche Lösung von Zuwanderungsfragen.“

Ähnlich reserviert bewertet der Wissenschaftler die vermeintlichen Wirtschaftserfolge. Gewerkschaftlich orientierte Ökonomen sind nicht zufrieden. Die jüngst beschlossene Flexibilisierung

der Arbeitszeit könnte die Rechte der Beschäftigten schwächen; der zusätzliche Freibetrag von 1500 Euro je Kind (Familienbonus) bevorzuge möglicherweise Gutverdiener; und an den Einsparungen in den Sozialkassen ließe sich kritisieren, dass lediglich Kosten verschoben würden. „Summa summarum profitiert die Wirtschaftspolitik von den günstigen Rahmenbedingungen, vom Wachstum und hohen Steuereinnahmen“, sagte Filzmaier.

Positiver sieht Franz Schellhorn das Wirtschaftsprogramm von „Schwarz-Blau“. Der Ökonom ist der Direktor der liberalen Denkfabrik Agenda Austria in Wien. Die Arbeitszeit-Flexibilisierung, die bei Auftragsspitzen eine freiwillige Mehrarbeit von bis zu 60 Stunden in der

Woche erlaubt, nennt Schellhorn einen „beachtlichen Schritt“. Jahrelang hätten die Tarif- oder Sozialpartner keine Lösung gefunden. „Die Regierung hat endlich Fakten geschaffen. Das ist ein echter Tabubruch.“ Damit sei zugleich der übertriebene Einfluss der ÖVP-dominierten Wirtschaftskammer und der SPÖ-nahen Arbeiterkammer und der Gewerkschaften zurechtgestutzt worden. Unter den vielen großen Koalitionen der Vergangenheit hätten sie „eine Art Regierung in der Regierung“ gebildet und Reformen behindert. „Die Sozialpartnerschaft ist am Ende, das ist nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen“, so Schellhorn.

Der Volkswirt hat aber auch einiges zu kritisieren, etwa dass die Differenz zwischen Arbeitskosten und Nettolöhnen noch immer zu hoch sei. „Aber grundsätzlich fällt auf, dass sich diese Regierung tatsächlich am vereinbarten Programm zu orientieren scheint.“ Schon bald nach Regierungsantritt verringerten Kurz und sein Vize Heinz-Christian Strache (FPÖ) die Abgaben: Die Gebühren beim Abschluss von Mietverträgen entfielen, die Umsatzsteuer im Tourismus und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden gesenkt, die Flugabgabe halbiert.

Kürzlich beschloss das Parlament, die Familienbeihilfe (Kindergeld) für EU-Ausländer zu senken, deren Nachwuchs nicht in Österreich lebt. Die Absenkung auf das Niveau des Heimatlandes bringt zwar wenig ein und ist in Brüssel und Osteuropa umstritten. Sie stößt aber beim Wahlvolk auf Applaus und lässt sich durchaus begründen. Seit Jahren will Deutschland das System auf ähnliche Weise ändern, kommt damit aber nicht voran.

Auch die Finanzen in Österreich entwickeln sich zum Guten. Erstmals seit 1954 rechnet die Regierung für 2019 mit einem Budgetüberschuss. Die Schuldenquote soll von 78 auf 71 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen. Die Abgabenquote will Schwarz-Blau auf den EU-Durchschnitt von 40 Prozent drücken. Auch die Arbeitslosenquote ist gefallen, sie beträgt jetzt 4,8 Prozent. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erkennt die bessere Lage an. Während er seine Prognosen für die Welt und auch für Deutschland kürzlich senkte, erhöhte er die Wachstumserwartungen für Österreich auf 2,8 Prozent in diesem Jahr und auf 2,2 Prozent im kommenden Jahr.

„In Österreich ist eine Trendwende spürbar, die Regierung scheint tatsächlich die Versäumnisse der vergangenen Jahre teilweise abzurufen“, lobt Schellhorn. Was hingegen fehle, sei eine Ausgaben- und Schuldenbremse. Auch die Sanierung des Pensionssystems sei liegengeblieben. Jedes Jahr überstiegen die Ausgaben an die Rentner die Einzahlungen durch die Beitragszahler um 20 Milliarden Euro. Diese Unterdeckung macht sage und schreibe ein Viertel des Bundeshaushalts aus.

Streit um Nordirland lähmt Brexit-Verhandlungen

Merkel warnt vor zu großen Zugeständnissen

ami./hmk./theu. BERLIN/BRÜSSEL/LONDON, 15. Oktober. Nach dem vorläufigen Scheitern der Brexit-Verhandlungen zwischen London und der EU forcieren beide Seiten die Notfallplanungen für einen ungeordneten EU-Austritt Großbritanniens im nächsten Frühjahr. Die Vorbereitungen darauf würden nun „fortgesetzt und verstärkt“, sagte eine Sprecherin der EU-Kommission. Auch in London hieß es, die Notfallpläne müssten bald in Gang gesetzt werden. In einer weiteren Verhandlungsrunde am Wochenende war es Vertretern aus Großbritannien und der EU nicht gelungen, die noch bestehenden Brexit-Differenzen zu überbrücken.

Brüssel will nun die Gespräche bis zum EU-Gipfel Mitte der Woche auf Eis legen. Im November ist ein Brexit-Sondergipfel geplant. Großbritannien wird die EU am 29. März 2019 verlassen. Gelingt es bis dahin nicht, ein Austrittsabkommen zu vereinbaren und zu ratifizieren, drohen schwere Störungen für den Handel und den Verkehr zwischen Großbritannien und seinen europäischen Nachbarn.

Die britische Premierministerin Theresa May gab sich am Montag trotz der Blockade in den Brexit-Gesprächen zuversichtlich. „Ich glaube nicht, dass das Vereinigte Königreich und die EU weit auseinanderliegen“, sagte sie im Parlament in London. Ein ungeordneter „No Deal Brexit“ solle verhindert werden. Auch in der Nordirland-Frage, dem größten Bremsklotz in den Verhandlungen, seien „Fort-schritte“ erzielt worden, berichtete May. Es gebe aber weiter Differenzen: Großbritannien wolle zwar den Friedensprozess in Nordirland absichern, aber man sei nicht bereit, einen handelspolitischen Sonderstatus Nordirlands oder eine dauerhafte Zollunion mit der EU zu akzeptieren.

In Berlin warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) davor, den Briten zu große Zugeständnisse zu machen. Die EU wolle zwar unbürokratische Beziehungen mit Großbritannien. „Wir dürfen uns den Binnenmarkt nicht zerstören lassen“, sagte Merkel in einer Rede vor dem Außenhandelsverband BGA. Sie sei für einen geordneten Austritt Großbritanniens aus der EU – aber nicht um jeden Preis. Für die Verhandlungen brauche man Finger-spitzengefühl, auch wenn sie sich zuletzt schwierig gestaltet hätten. Die Zeit dränge, aber auch wenn es keinen schnellen Abschluss geben sollte, müsse weiter verhandelt werden. Man müsse sich auf unterschiedliche Szenarien vorbereiten.

Eines der Kernprobleme ist die Frage der künftigen Beziehungen zwischen dem EU-Mitglied Irland und dem zu Großbritannien gehörenden Nordirland. Merkel sagte, auf der Irischen Insel sollte „das Leben ohne Grenzkontrollen“ erhalten bleiben. Auch der BGA-Präsident Hol-

ger Bingmann, verlangte, es müsse bald Klarheit über Voraussetzungen für einen hoffentlich reibungslosen Warenaustausch mit Großbritannien geben – aber „nicht um jeden Preis“. Die Integrität des EU-Binnenmarkts stehe an erster Stelle. Martin Wansleben, der Hauptgeschäftsführer Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), forderte, die Briten müssten „rasch realistische Lösungen“ vorschlagen, um „ein drohendes Chaos“ beim Brexit zu verhindern.

Am Wochenende sind die Brexit-Gespräche abermals an der politisch brisanten Nordirland-Frage gescheitert. Die Briten sind zwar dem Vernehmen nach inzwischen einverstanden, dass Nordirland vorübergehend in Zollunion und Binnenmarkt bleibt, das restliche Vereinigte Königreich in der Zollunion. Damit könnten Grenzkontrollen zwischen der Republik Irland und Nordirland verhindert werden. Dieser Schritt gilt als entscheidend für eine Sicherung des fragilen Friedens auf der Insel. Die Briten fürchten, dass diese Übergangslösung zur Dauerlösung werden könnte. Sie fordern daher ein klares Ausstiegsszenario. Der Grund für diese Forderung ist, dass Großbritannien keine eigenen Handelsabkommen schließen kann, solange es in der Zollunion bleibt.

ANZEIGE

MORGEN IN NATUR UND WISSENSCHAFT

Eine sonnennahe Welt der Extreme

Die Mission BepiColombo wird den Planeten Merkur erforschen

Korallenriffe ohne Zukunft?

In der Serie „Bedrohte Vielfalt“: Was die Städte unter Wasser retten könnte

Demokratisch für die Demokratie

Vorstandsmitglieder des Historikerverbands zur Resolution von Münster

Im Meer der Vielen

Kann sich an den expandierenden Hochschulen Begabung entfalten?

Kostenloses Probeabo

0180 2 52 52*, www.faz.net/probeabo

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.



Deutschland wächst um fast eine halbe Million Menschen

Viele Osteuropäer kommen – einige Deutsche gehen / Seit der Wiedervereinigung fast 7 Millionen Einwanderer

ppl. FRANKFURT, 15. Oktober. Deutschland ist weiterhin ein Magnet für Zuwanderer. Im vergangenen Jahr sind rund 416 000 Personen mehr ins Land zugezogen als fortzogen. Damit lag der Saldo etwas unter der Nettowanderung von 500 000 im Jahr 2016, wie das Statistische Bundesamt am Montag mitteilte. Hinter diesen Nettowerten verbergen sich noch sehr viel größere Migrationsbewegungen: 2017 wanderten mehr als 1,55 Millionen Menschen nach Deutschland ein und 1,135 Millionen zogen weg. 2015 – als die Asylbewerberwelle die Zahlen nach oben trieb – gab es sogar 2,13 Millionen Zuwanderer und mehr als eine Million Netto-Zuzüge.

Die Einwohnerzahl Deutschlands hat sich durch die hohe Zuwanderung bis Ende 2017 deutlich auf 82,8 Millionen

erhöht – obwohl in Deutschland im vergangenen Jahr abermals mehr Menschen starben als geboren wurden (fast 150 000). Es gibt eine erhebliche Geburtenlücke, die durch die hohe Zuwanderung jedoch überkompensiert wird. Seit der Wiedervereinigung sind fast 7 Millionen Menschen netto nach Deutschland eingewandert, im Durchschnitt der letzten zehn Jahre betrug die Nettowanderung 260 000 jährlich.

Fast 90 Prozent der Immigranten im vergangenen Jahr hatten einen ausländischen Pass. Die Zuwanderung von Ausländern betrug dabei netto sogar 499 000 Personen. Die größten Gruppen kamen aus Ländern der Europäischen Union, insgesamt netto 239 000 Menschen. Die größte Zuwanderung gibt es dabei aus Rumänien (netto

73 000 Zuzüge), Polen (34 000), Kroatien (33 000) und Bulgarien (30 000), aus Nicht-EU-Ländern kamen zusätzlich 60 000 Personen. Aus Asien wanderten nach den Zahlen des Statistikamtes 2017 netto 140 000 Personen ein. Die Zahl der zuwandernden Syrer und Afghanen ging stark zurück. Aus Afrika kamen laut den Zahlen 35 000 Personen. Darunter sind viele Asylbewerber.

Die Wirtschaft fordert ein Zuwanderungsgesetz, das die Hürden für qualifizierte Arbeitskräfte von außerhalb der EU senkt. In der EU gilt Arbeitnehmerfreizügigkeit. Gute Beschäftigungschancen in Deutschland locken besonders Menschen aus Ost- und Südosteuropa an. Die Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt gestaltet sich wegen oft geringerer beruflicher Qualifikationen schwierig. Nach

jüngsten Zahlen bezogen 620 000 erwerbsfähige Flüchtlinge Hartz-IV-Sozialleistungen, 254 000 waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Neben der Zuwanderung von Ausländern gibt es weiterhin eine Netto-Abwanderung von Deutschen. Diese betrug im vergangenen Jahr 82 000 Personen. Im Jahr davor lag die Netto-Auswanderung von Deutschen sogar bei 135 000 Personen. 2017 zogen zwar insgesamt 167 000 Deutsche ins Land – darunter viele Spätaussiedler sowie Deutsche, die zurück in ihre Heimat kommen. Es wanderten aber mehr aus, nämlich 249 000. Daraus ergibt sich der negative Wanderungssaldo. Seit 2003 wandern mehr Deutsche aus als ein. In den letzten zehn Jahren sind rund 460 000 Deutsche, darunter viele gut ausgebildete, ausgewandert.

Die Ökoulage sinkt – der Strompreis bleibt hoch

EEG-Förderung kostet Verbraucher im kommenden Jahr rund 27 Milliarden Euro / Keine echte Entlastung

ami. BERLIN, 15. Oktober. Trotz der erwarteten abermaligen Reduzierung der Ökostromumlage wird die Stromrechnung der Verbraucher kaum sinken. Der Grund sind andere Kostensteigerungen, etwa die Umlage für den Anschluss der Meereswindparks. Zwar sinkt die Umlage zur Förderung von Wind, Photovoltaik und Biogasanlagen im kommenden Jahr, wie von der F.A.Z. vorab berichtet, um 0,387 auf 6,405 Cent je Kilowattstunde, doch steigt die Offshore-Umlage um 0,379 auf 0,416 Cent.

Die rechnerische Entlastung um 0,008 Cent beträgt bei einem Vier-Personen-Haushalt mit durchschnittlich 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch 28 Cent. Allerdings sind darin die Kosten der Stromübertragung nicht berücksichtigt. Die sinken zwar auf der Fernnetzebene, könnten aber auf der regionalen Ebene durchaus steigen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nannte die abermalige Reduzierung der Umlage einen Beleg dafür, „dass Ökonomie und Ökologie Hand in Hand gehen können“.

Der Vorsitzende des Energiebranchenverbands BDEW, Stefan Kapferer, sagte, es sei „leider nicht mit einer Entlastung der Stromkunden zu rechnen“. Nicht die Umlage nach dem Erneuerbare-Ener-



Teurer Spaß: Offshore-Windpark vor Ostfriesland

Foto dpa

gie-Gesetz (EEG) sei in diesem Jahr der Preistreiber, sondern deutlich gestiegene Kosten für die Beschaffung von Strom. Die seien binnen Jahresfrist von 30 auf 50 Euro je Megawattstunde gestiegen, die Preise für CO₂-Zertifikate hätten sich mehr als verdreifacht. Steigende Börsenpreise führen zu einer niedrigeren Umlage, weil der Ökostrom zu höheren Preisen verkauft wird und damit der Finanzierungsbedarf für die Anlagenbetreiber sinkt. Auch bleibe die Last der Steuern und Abgaben auf einem historischen hohen Niveau, sagte Kapferer: „Durchschnittlich 54 Prozent der Strompreise bestehen aus Steuern, Abgaben und Umlagen.“ Nach Schätzungen der Netzbetreiber wird das Ökostromange-

bot auch im nächsten Jahr auf 217 Terawattstunden wachsen. Daraus errechnet sich ein Förderanspruch von 27,3 Milliarden Euro. Abzüglich der erwarteten Verkaufserlöse an der Börse bleibt eine Deckungslücke von 24,8 Milliarden Euro bestehen. Da zudem der Überschuss auf dem EEG-Verrechnungskonto von aktuell 3,7 Milliarden Euro zum großen Teil abgebaut werden soll, sinkt der durch die Umlage zu finanzierende Anteil auf 22,76 Milliarden Euro.

Die Vorstellung der neuen Zahlen belebte die Debatte um eine andere Finanzierung der Förderung. Angesichts voller Kassen müsse der Staat einen Teil der Förderkosten übernehmen, verlangte das Bündnis faire Energiewende, ein Zusammenschluss von Verbänden des Mittelstands.

Der Handel verlangte wie der Bundesverband Erneuerbare Energie einen Preis auf den CO₂-Verbrauch, also auch für Verkehr und Gebäudeheizungen, um aus den Erlösen die Energiewende zu finanzieren. Die Grünen beklagten, dass die energieintensive Industrie von den Kosten der Anbindung der Offshore-Parks verschont bleibe, „während Verbraucher mit einem moderaten Kostenanstieg rechnen müssen“.

Staat mit Milliarden-Überschuss

Einnahmen steigen deutlich schneller als Ausgaben

ppl. FRANKFURT, 15. Oktober. Der deutsche Staat schwimmt derzeit im Geld. Wegen der guten Konjunktur steigen die Einnahmen kräftig, die niedrigen Zinsen dämpfen das Ausgabenwachstum. Im ersten Halbjahr legten die Einnahmen aller öffentlichen Haushalte sowie die der Sozialkassen gegenüber dem ersten Halbjahr 2017 um 6,5 Prozent auf 715,4 Milliarden Euro zu. Die Ausgaben stiegen um 3,5 Prozent auf 688,6 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich ein Überschuss des Gesamtstaates von 26,5 Milliarden Euro, teilte das Statistische Bundesamt am Montag mit.

Im August hatten die Statistiker der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) einen noch größeren staatlichen Überschuss von 48 Milliarden Euro im ersten Halbjahr bekanntgegeben. Dies ergibt sich aus unterschiedlichen Berechnungsmethoden. Die VGR wird nach einer EU-einheitlichen Methode berechnet. Sie ist für die Beurteilung nach den Maastricht-Haushaltsregeln maßgeblich. Für den Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts, der jetzt berechnet wurde, werden finanzielle Transaktionen, zum Beispiel Kauf und Verkauf von Beteiligungen, und Ausgabe und Rückzahlung von Darlehen herausgerechnet.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich in diesem Jahr nochmals deutlich verbessert. 2017 betrug der Über-

schuss laut Finanzstatistik im ersten Halbjahr 6,3 Milliarden Euro. In diesem Jahr hat der Bund von Januar bis Juni seinen Überschuss auf 10,4 Milliarden Euro vervielfacht. Die Länder erwirtschafteten im ersten Halbjahr 17,1 Milliarden Überschuss, bei den Gemeinden blieb ein kleiner Überschuss von 0,8 Milliarden Euro. Die Sozialversicherungen hatten laut Finanzstatistik 1,5 Milliarden Euro Defizit, laut VGR verbuchten sie indes einen Milliarden-Überschuss.

Die hohen Einnahmen und Überschüsse vor allem des Bundes sowie die gute Kassenlage der Sozialversicherung haben die Debatte über Steuer- und Beitragsentlastungen angefeuert. Jüngst hat auch die Debatte über einen kompletten Abbau des Solidaritätszuschlags (Soli) noch mal Schwung bekommen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat Vorschläge gemacht, den Soli auch für Unternehmen und Spitzenverdiener abzuschaffen; mit weiteren Entlastungen soll dies 20 Milliarden Euro kosten. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hat dem bislang eine Absage erteilt. Nach dem Koalitionsvertrag soll der Soli von 2021 an für etwa 90 Prozent derer, die den Steuerzuschlag derzeit bezahlen, abgebaut werden. Für die restlichen 10 Prozent soll er dagegen in voller Höhe erhalten bleiben. Dies betrifft viele Personengesellschaften aus dem Mittelstand.

Eilentscheidung über Fahrverbot im Dezember

hw. BERLIN, 15. Oktober. In Hessen dringt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) auf eine schnelle Verhängung von Fahrverboten. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat nun über einen Sprecher angekündigt, in der ersten Dezemberhälfte über ein Eilverfahren zu entscheiden. Die DUH will Hessen zwingen, schneller ein Urteil der Vorinstanz umzusetzen – bevor ein vom Land angestoßenes Berufungsverfahren entschieden ist. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden hatte entschieden, dass Frankfurt Dieselfahrverbote einführen muss. Die Entscheidung ist aber nicht rechtskräftig, solange das Berufungsverfahren läuft. Die DUH will daher eine vorläufige Gerichtsentscheidung erzwingen. Gegen diese gibt es kein Rechtsmittel. Das Fahrverbot bestünde dann mindestens bis zur Entscheidung in der Hauptsache.

Italiens Kabinett segnet Haushaltsentwurf ab

ROM, 15. Oktober (Reuters). Das italienische Kabinett hat den umstrittenen Haushaltsentwurf für 2019 verabschiedet. Ministerpräsident Giuseppe Conte sagte am späten Montagabend, dass der Etat die Versprechen der Regierung einhalte, wobei die Staatsfinanzen in Ordnung blieben. Die Regierung habe den Entwurf nun an die EU-Kommission nach Brüssel zur Prüfung weitergeleitet. Zuvor hatte es geheißt, dass das Kabinett erst am Dienstag zustimmen werde. Italien – wie auch die 18 anderen Euro-Länder – müssen ihren Haushaltsentwurf für 2019 bei der EU-Kommission einreichen. Bei dem Entwurf handelt es sich um ein Dokument, das gesondert vom eigentlichen Haushaltsgesetz erstellt wird. Institutionen wie die Notenbank und der Rechnungshof hatten die Pläne kritisiert.